



Nachersatz-Versetzungen 2012: Keine Verstärkung für die Behörden

Wie von der GdP befürchtet und schon in der Vergangenheit dargestellt, ist es auch in diesem Jahr zu keiner Verstärkung der Behörden gekommen. Die Anzahl der Kolleginnen und Kollegen, die die Fachhochschule erfolgreich beendet haben und zum 1. September auf die Behörden verteilt werden konnten, reichte gerade aus, um dort die Abgänge (Pensionierungen, Laufbahnwechsel und sonstige Abgänge) des laufenden Jahres 2012 auszugleichen. Hier helfen auch keine Presseerklärungen des Ministeriums für Inneres und Kommunales (MIK), die der Öffentlichkeit suggerieren wollen, dass bei der Polizei ein Mehr an Personal für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung steht.

Die Realität sieht zum 1. September folgendermaßen aus:

Von den 2009 eingestellten 1100 Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen stehen bis zum Ende des Studiums noch 1025 zur Verfügung. 75 Bewerber haben das Studium nicht beendet. Dies entspricht einer Durchfallquote von 6,8 Prozent.

Der Nachersatz für das Ministerium selbst, die drei Landesoberbehörden sowie die besonderen Dienstbereiche wie Reiterstaffel und Wasserschutzpolizei wird in der Regel von März bis Juni des laufenden Jahres durchgeführt. Der Nachersatzbedarf hierfür entsteht aus den Pensionierungen, Versetzungen und auch aus der Übertragung neuer Aufgaben. Alleine für die neuen Tätigkeiten, die sich aus dem Handlungskonzept Rechts, dem neu eingerichteten Cybercrime-Kompetenzzentrum sowie dem Bereich IuK-Kriminalität ergeben haben, war es erforderlich, 60 Stellen neu auszuschreiben. Daneben war es notwendig, dem LAFP 25 zusätzliche Stellen für die Ausbildung der 1400 Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen zuzuweisen. Dieser Bedarf wurde jedoch nicht durch zusätzliche Stellen abgedeckt, sondern musste aus

den vorhandenen Stellen (in der Regel aus den KP) gestellt werden.

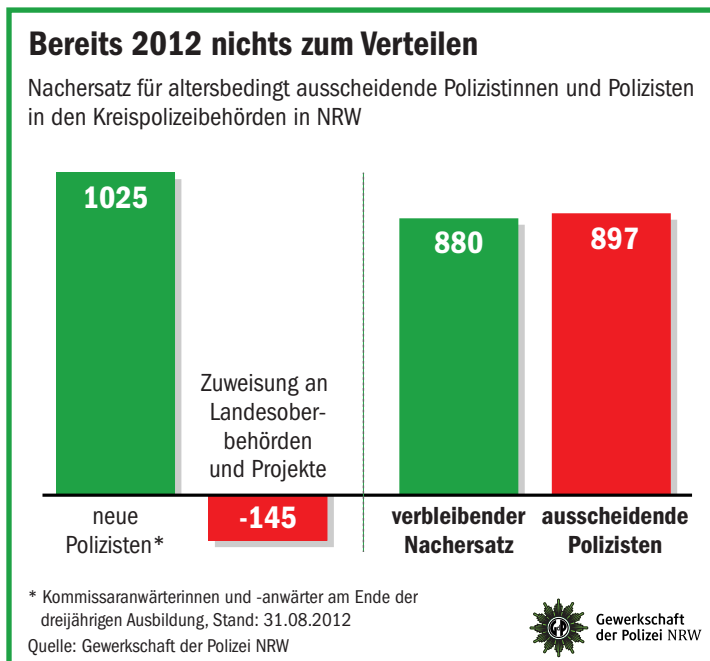
stehen, nicht nur die dortigen Bedarfe, sondern auch den Mehrbedarf der o. g.

Behörden abdecken müssen. Somit reduziert sich die Anzahl der tatsächlichen Verstärkungen für die Behörden auf 880. Legt man nun zugrunde, dass im Jahr 2012 planmäßig 897 Kolleginnen und Kollegen aus dem Dienst ausgeschieden sind bzw. noch ausscheiden, ist klar, dass es auch in diesem Jahr zu keiner Verstärkung der Kreispolizeibehörden kommt und damit eine verstärkte Bewältigung der Kernaufgaben nicht möglich sein wird. Dass es dennoch zu einem kleinen Zuwachs kommt liegt darin begründet, dass zum 1. September auch 257 Laufbahnbeamtinnen und -beamte ihre Fachhochschulausbildung beenden. Dies ist aber auch keine zahlenmäßige Verstärkung, da es sich

um langjährige Polizisten handelt, die während der Praktikumsphasen auch in ihren Heimatbehörden Dienst versehen haben.

Belastungsbezogene Kräfteverteilung (BKV)

Bereits im Jahr 2011 hat die GdP zu diesem Thema ein Positionspapier er-



Zieht man alle Stellen zusammen, die im Laufe dieses Jahres in die Bereiche MIK, Landesoberbehörden, PP Dortmund/PP Aachen (für Handlungskonzept Rechts), Reiterstaffel und Wasserschutzpolizei erforderlich waren, kommt man auf eine Anzahl von 145 Stellen, die aus dem Personal der Kreispolizeibehörden besetzt werden.

Dies bedeutet, dass die Anzahl der Fachhochschulabsolventen (1025), die für die Kreispolizeibehörden zur Verfügung

→ Seite 2



Alles nur eine Frage der Berechnung

1250 neue Polizistinnen und Polizisten kommen ab dem 1. September 2012 in die Polizeibehörden. Glaubt man den Aussagen des Landesinnenministers, wird die Polizeistärke in diesem Jahr erhöht. Die Realität sieht allerdings anders aus. Hat man doch schlicht und einfach diejenigen noch einmal mitgerechnet, die bereits seit langem im Polizeidienst stehen und jetzt lediglich ihren Laufbahnaufstieg beenden. Auch die Polizeiabgänge in den Behörden, die durch Ausschreibungen aufgrund neuer, notwendiger Schwerpunktsetzung erfolgten, wurden vergessen bzw. nicht abgezogen.

Nach unserer Rechnung werden die pensionsbedingten Ausfälle bereits in diesem Jahr durch den Nachersatz bzw. Versetzungen nicht ausgeglichen, die Zahl der Polizeivollzugskräfte sinkt also. In den nächsten Jahren wird es selbst für den Innenminister schwierig werden, eine Zunahme der Polizeikräfte zu errechnen. Zu deutlich ist bereits jetzt, dass 1400 jährliche Neueinstellungen nicht ausreichen werden, um die Abgänge auch nur zu kompensieren. Die Schere zwischen Einstellungen und Pensionierungen wird ab 2016 immer rasanter auseinandergehen. Das Ergebnis wird eine Abnahme der Kräfte bis 2020 um ca. 2000 Polizistinnen und Polizisten sein.

Die GdP-Forderung nach mindestens 1700 Neueinstellungen jährlich ist also folgerichtig und berechtigt, denn sie basiert auf realistischen Bedingungen. Wenn verantwortliche Politiker diese Forderung als unbezahlbar ablehnen, sollen sie dann auch, wenn aufgrund des zu erwartenden Personalarückgangs Wachen geschlossen werden müssen, dies den Bürgerinnen und Bürgern erklären. Und da helfen auch keine Überlegungen, die Polizei von Büroarbeit durch den Einsatz von Angestellten zu entlasten. Auch hier scheint man vergessen zu haben, dass die Zahl der Angestellten bei der Polizei um 500 reduziert wurde. Es ist alles eine Frage der Berechnung ...



Frank Richter

Fortsetzung von Seite 1

stellt, in dem dargelegt wurde, warum wir das jetzige Berechnungsmodell ablehnen. An dieser Kritik hat sich bis heute nichts geändert. Die BKV-Berechnung wird vor Ort als intransparent, inaktuell (Zehn-Jahres-Rückbetrachtung) und ungerecht empfunden und deshalb abgelehnt. Behörden, die ihre Kriminalitäts- und Verkehrsunfallzahlen reduzieren, werden dafür dadurch „belehnt“, dass ihnen für das folgende Jahr Personal abgezogen wird. Wenn schon das Ministerium im Zuteilungserlass selbst sagt: „Fiktive Berechnung bedeutet in diesem Zusammenhang, dass eine personelle Ausstattung der Polizei als Berechnungsmaßstab in der BKV zugrundegelegt wird, die die KPB in der Summe jedoch tatsächlich nicht erreichen. Deshalb muss zwischen den Berechnungsgrößen der BKV und dem sich

anschließenden Nachersatzverfahren, mit dem Personal dann tatsächlich verteilt wird, differenziert werden“, welche Akzeptanz kann das MIK von einer solchen Berechnung erwarten?

Dies verstehen wohl nur noch Insider, wobei uns wichtig ist, dass sich unsere Kritik nicht an die Kollegen im Ministerium richtet, die dies berechnen müssen. Diese Kollegen tun ihr Bestes und berechnen nach dem bestehenden vorgegebenen System und dem vorhandenen, aber zu wenigen Personal. Die GdP fordert nochmals, die vorhandene Berechnungsmethode auf die von uns gemachten Vorschläge umzustellen. Alle Behörden verfügen über Personalknappheit. Wenn manchen Behörden jetzt noch in der Zielsollstärke Personal abgezogen wird, droht diesen Behörden ab den Jahren 2016, 2017, 2018 und später der Personal-Gau, da ab diesen Jahren, bei den jetzigen Einstellungszahlen

von 1400, weiter massiv Personal abgebaut wird.

Adi Plickert, stellvertretender Landesvorsitzender, warnt: „Schon heute verfügen die Behörden nur über eine Stärke von ca. 94 Prozent der Zielsollstärke. Wenn die Einstellungszahlen nicht umgehend erhöht werden, wird sich dieser Anteil ab 2016 noch weiter drastisch reduzieren. Mit dem dann vorhandenen überwiegend älteren Personal wird die Polizei des Landes NRW nicht mehr in der Lage sein, ihre Aufgabenbewältigung sachgerecht und professionell durchzuführen. Wer dies nicht glaubt, kann sich die aktuellen Zahlen aus Essen und Mülheim ansehen. Dort sind die Wohnungseinbrüche im ersten Halbjahr 2012 um 35 bzw. 47 Prozent angestiegen. Wenn die Politik nicht schnellstens reagiert, wird die Innere Sicherheit dieses Landes nicht mehr zu gewährleisten sein“.

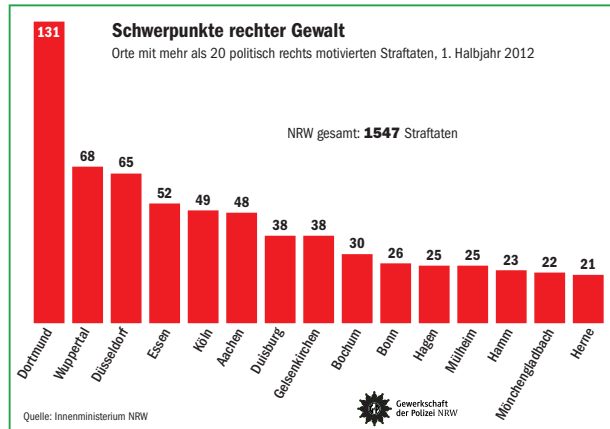


Straftaten von Rechts weiter auf hohem Niveau

Im vergangenen Jahr hat es in NRW 3015 Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund gegeben (PMK-Rechts), darunter 190 Gewaltdelikte. Ein neuer Höchststand rechtsextremer Gewalt. Innenminister Ralf (SPD) hatte deshalb 2011 eigens ein Projekt zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ins Leben gerufen. Zu einem deutlichen Rückgang rechter Gewalt hat die verstärkte Beobachtung der rechtsextremen Szene durch die Polizei allerdings noch nicht geführt, wie eine Mitte August veröffentlichte Antwort des Innenministers auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Landtagsabgeordneten Verena Schäffer zeigt: Alleine in den ersten sechs Monaten dieses Jahres ist es in Nordrhein-Westfalen erneut zu 1517 Straftaten von Rechts gekommen, darunter 88 Gewaltdelikte.

Rechtsextremismus gibt es in ganz NRW. In seiner Antwort auf die Landtagsanfrage listet das Innenministerium 257 Orte auf, in denen es im ersten Halbjahr 2012 zu politisch motivierten Straftaten von Rechts gekommen ist. Aber es gibt deutliche Schwerpunkte: In 15 Orten hat die Polizei von Januar bis Juni mehr als 20 Straftaten von Rechts registriert. Alleine in Dortmund waren es 131, in Wuppertal 68. Beide Städte gehören neben Aachen und Köln zu den Schwerpunkten des neuen Kompetenzzentrums Rechts. Auch Münster (41 Straftaten) und das bei Aachen gelegene Stolberg (7 Straftaten) gehören zu den Orten, in denen es in diesem Jahr bereits zu gewalttätigen Aufmärschen von Rechtsextremisten gekommen ist.

Sorge bereitet dem Innenministerium zudem die Situation in Dortmund, wo es alleine im ersten Halbjahr zu zehn Körperverletzungsdelikten und 27 Fällen von Sachbeschädigung durch rechte Täter gekommen ist. Für den 1. September haben die Rechtsextremisten erneut zu einem Aufmarsch in der Ruhrgebietsstadt aufgerufen. In den letzten Jahren war es dabei wiederholt zu Zusammenstößen mit Gegendemonstranten aus dem linken Spektrum gekommen, die sich den Rechten zum Teil auch mit Gewalt entgegengestellt haben. Dabei war es auch zu Angriffen auf die Polizei gekommen.



In den ersten sechs Monaten dieses Jahres hat es in NRW 1517 Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund (PMK-Rechts) gegeben, darunter 88 Gewaltdelikte. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Landtagsabgeordneten Verena Schäffer (Bündnis 90/Die Grünen) hervor. Die meisten Straftaten gab es in Dortmund, Wuppertal und Düsseldorf.

Jutta Jakobs und Rainer Peltz in den GVS gewählt

Am 16. August hat der Beirat der GdP Jutta Jakobs (44) und Rainer Peltz (52) einstimmig in den Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand gewählt.

Jutta Jakobs, die bereits im Juni dieses Jahres als Vertreterin der Tarifbeschäftigten in den Hauptpersonalrat der Polizei (PHPR) gewählt worden war, vertritt deren Interessen in Zukunft auch im Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand. Sie wurde vom Beirat zudem zu eine der stellvertretenden Landesbezirksvorsitzenden gewählt. Die Nachwahl war erforderlich, weil Brigitte Herrschaft (61), die im Vorstand über viele Jahre für die Tarifbeschäftigten zuständig war, in die Freistellungsphase der Altersteilzeit gegangen ist und deshalb auch ihre GdP-Funktionen niedergelegt hat.

Als Nachfolger für Werner Dominke (62), der Ende Juli ebenfalls aus Altersgründen aus dem aktiven Dienst bei der Polizei ausgeschieden ist, wurde Rainer Peltz in den GVS gewählt. Rainer Peltz, der seit vielen Jahren mit großem Erfolg Personalrats- und Kreisgruppenvorsitzender der GdP im Ennepe-Ruhr-Kreis ist, war bereits im Mai dieses Jahres als Nachfolger von Werner Dominke zum Vorsitzenden des GdP-Bezirks Arnsberg gewählt worden. Zudem gehört er seit



Zwei neue Gesichter im Vorstand: Jutta Jakobs und Rainer Peltz wurden einstimmig in den GVS gewählt.

der Personalratswahl im Juni dieses Jahres auch dem Hauptpersonalrat der Polizei an. Im Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand ist Rainer Peltz bis zu dem für Ende dieses Jahres geplanten Neuzuschnitts der Aufgabenverteilung für besondere Aufgaben zuständig.

Zudem hat der Beirat der GdP während seiner Sitzung am 16. August in Selm eine Neufassung der Zusatzbestimmungen für die Seniorenarbeit beschlossen (Seite 8).

Polizeibeschäftigte entlasten den Haushalt 2012 um 8,3 Millionen Euro

Durch die erforderlichen Landtagsneuwahlen und der damit verbundenen Verschiebung der Haushaltsberatungen/-genehmigung 2012 liegen wieder einmal 2308 Beförderungsstellen seit Januar 2012 auf Eis. Hierdurch wird der neue Landeshaushalt um 8,3 Millionen Euro entlastet, da die Beförderungen nicht rückwirkend ausgesprochen werden!

Seit dem 1. 1. 2012 könnten
1104 Beförderungen nach A 10
1104 Beförderungen nach A 11
75 Beförderungen nach A 12 und
25 Beförderungen nach A 13

durchgeführt werden. Diese Beförderungen kommen aus der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn bzw. aus der Erhöhung des Stellenplans für den Bereich A 12 (+ 450) und A 13 (+ 150). Durch die Nichtverabschiedung des Haushaltes ist dies jedoch nicht möglich. Hierdurch wird monatlich eine Summe von 730 000 Euro für den neu zu verabschiedenden Haushalt 2012 eingespart. Unterstellt man, dass die Landesregierung den neuen Haushalt erst Dezember 2012 verabschieden will, bedeutet dies, dass unsere Kolleginnen und Kollegen einen Konsolidierungsbeitrag

von 8,3 Millionen Euro in den Haushalt einbringen.

Adi Plickert, stellvertretender Landesvorsitzender: „Wieder einmal zeigt sich, dass unsere Kolleginnen und Kollegen Leidtragende des fehlenden Haushaltes sind. Wir fordern die Politik auf, keine weitere Zeit mehr zu verlieren und die Haushaltsberatungen nach der Sommerpause umgehend zu beginnen, damit der Haushalt schnellstmöglich verabschiedet wird und die Beförderungen ausgesprochen werden können. Dass Schnelligkeit möglich ist, haben wir doch bei der jüngst erfolgten Diätenerhöhung gesehen.“

Testphase für neue Kraduniformen verlängert

Ursprünglich sollte die Erprobung der neuen Kraduniformen bereits im Juli abgeschlossen sein. Aufgrund des mäßigen Sommers wurde die Testphase jetzt bis Ende August verlängert – in der Hoffnung auf echtes Sommerwetter. „Die Verlängerung der Testphase ist ausdrücklich zu begrüßen“, so Michael Mertens, im Geschäftsführenden Vorstand zuständig für

Ausstattung und Ausrüstung. „In diesem Sommer gab es bisher zu wenig Gelegenheit, die Kradbekleidung bei richtig warmem Wetter zu testen.“ Gegenwärtig sind zwei unterschiedliche



Foto: Innenministerium NRW/Jochen Tacke

Modelle im Test. Ein modular aufgebauter Anzug, aus dem bei Bedarf sowohl das Futter, als auch die Membrane herausgenommen werden können. Daneben wird eine Kombination aus zwei übereinander tragbaren vollwertigen Anzügen ebenfalls erprobt: Hier kann über einem leichten Sommeranzug ein wind- und wetterfester zweiter Anzug ge-

tragen werden. Michael Mertens: „Beide Modelle haben sowohl Vor- als auch Nachteile. Wir vertrauen auf das Urteil der am Trageversuch beteiligten Kolleginnen und Kollegen, können uns aber auch eine individuelle Wahlmöglichkeit vorstellen.“

Positiv ist aus Sicht der GdP auch zu bewerten, dass neben der Alltagstauglichkeit und Schutz bei Stürzen ein besonderes Augenmerk auf die Kompatibilität mit dem Ausrüstungsgürtel liegen soll. „Der Ausrüstungsgürtel ist ein besonders kritischer Punkt, weit über die Frage der Kompatibilität mit

der Kradbekleidung hinaus,“ so Michael Mertens: „Das hohe Gewicht und die steigende Zahl an teilweise sperrigen Ausrüstungsgegenständen, die daran befestigt werden müssen, entwickelt sich zunehmend zu einem Problem auch im Wach- und Wechseldienst. Hier sind für die Zukunft innovative Lösungen gefragt.“

Polizeitage 2012 in Düsseldorf

„Prävention als polizeiliche Aufgabe“ lautet der Veranstaltungstitel einer Kooperationsveranstaltung der Zeitschrift Behörden Spiegel mit der Gewerkschaft der Polizei am 6. September 2012 im Düsseldorfer Lindner Congress Hotel. Maßnahmen und politische Kampagnen zur Kriminalprävention, versammlungsrechtliche Aspekte von Protestcamps und eine Diskussionsrunde zur Präventionsarbeit und Zivilcourage als Bausteine der Innenpolitik sind Themen des Tages.

Als Referenten sind der Innenminister des Landes NRW, Ralf Jäger, der Polizeipräsident von Düsseldorf, Herbert Schenkelberg, Innenpolitiker des neugewählten nordrhein-westfälischen Landtages sowie der Geschäftsführer des Landespräventionsrates eingeladen. Der Landesvorsitzende der GdP, Frank Richter, wird die Positionen der GdP zum Thema vertreten.

Die um 9.00 Uhr beginnende Veranstaltung kann von allen Polizeibeamten des Landes NRW besucht werden. Für Mitglieder der GdP ist die Teilnahme kostenlos. Weitere Informationen sowie ein Anmeldeformular sind auf der Internetseite polizeitage.de zu finden. Anmeldungen laufen ausschließlich über diese Seite.

Wir würden uns über die Teilnahme möglichst vieler GdP-Kolleginnen und -Kollegen freuen.



GdP aktiv

6. 9. Polizeitage 2012 „Prävention als polizeiliche Aufgabe“, Lindner Congress Hotel, Düsseldorf, Infos und Anmeldung: www.polizeitage.de

17. – 19. 9., Seminar „Migration und Integration – Probleme und Perspektiven aus dem Blickwinkel von Polizei und Gesellschaft“, Wildbergerhütte/Oberbergisches Land

24. 9., Doppelkopfturnier der Kreisgruppe Essen/Mülheim, Stammhaus Kaldenhoff, Aktienstr. 140, Essen. Anmeldung: 02 01/8 29-24 80, die Startgebühr beträgt 5,00 Euro, jeder Teilnehmer erhält einen Sachpreis

26. 9., Auto-Fahrsicherheitstraining in Kooperation mit dem ACE Auto Club Europa, 9.00 – 15.00 Uhr, Industriestraße 15, 58840 Plettenberg, Teilnehmergebühr 80 Euro (für ACE-Mitglieder 65 Euro). Anmeldung (Teilnehmerzahl begrenzt): stefani.bauer@gdp-nrw.de

Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

26. September, Senioren-Herbstwanderung rund um die Laufenburg bei Langerwehe mit Kaffeetrinken, Wanderschuhe sind erforderlich, Dauer ca. drei Stunden, Treffpunkt: 11.00 Uhr, Parkplatz an der Zufahrt zur Laufenburg, L 12 zwischen Schevenhütte und Langerwehe, 100 m hinter der Abzweigung Wenau und Heistern

Kreisgruppe Düren

5. September, Seniorentreffen, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Restaurant Strepp am See, Am Stausee 2, 52372 Kreuzau-Obermaubach

Kreisgruppe Düsseldorf

13. Oktober, Treffen der ehemaligen Einsatzreservisten, Treffpunkt: 10.00 Uhr, Brauerei-Schumacher-Str. 123, 40210 Düsseldorf, mehr Infos: Manfred Kieselbach, Tel.: 0 21 04/3 19 02

Kreisgruppe Gelsenkirchen

10. September, Seniorensseminar, Anmeldung: Kerstin Kowalewski, Telefon 02 09/3 65-30 03, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Kantine des Polizeipräsidiums, Rathausplatz 4, 45877 Gelsenkirchen

Kreisgruppe Köln

20. September, Info-Treffen, Andreas Kossiski gibt Einblicke in seine Tätigkeit als Regionsvorsitzender und als neu gewähltes Mitglied des Landtags NRW, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., 50676 Köln

Kreisgruppe Soest

3. September, Seniorenstammtisch, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Stadtparkcafé, Am Stadtpark 1, 59494 Soest

Wir sind die GdP



Schon seit 25 Jahren setzen junge Gewerkschaftsmitglieder mit der Aktion „Mach meinen Kumpel nicht an!“ ein Zeichen gegen Hass und Gewalt. Unterstützt wird die Aktion, die unter dem Symbol der „gelben Hand“ gegen Fremdenfeindlichkeit wirbt, auch von der Jungen Gruppe der GdP. Weil der Kampf gegen verdeckte Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auch in den Polizeidienststellen ein Thema ist, hat die Junge Gruppe jetzt ein eigenes Plakat herausgebracht, das in den Dienststellen ausgehängt werden soll.

„Ausgrenzung und Rassismus haben bei uns in der Polizei nichts verloren! Wir stehen für ein kollegiales Miteinander, weil wir es wollen und weil wir es brauchen“, sagt Barbara Mühlenhöver zu den Zielen der Plakat-Aktion. Gemeinsam mit Ernst Herget, Ina Vennemann und Kevin Sokan Sanj hatte sie sich als Modell für das Plakat zur Verfügung gestellt. Ihr Motiv dabei: „Es ist wichtig, dass wir den Kampf gegen Rassismus nicht nur selbst als selbstverständlich ansehen, sondern diese Message nach außen transportieren.“ Auch Ernst Herget findet die Unterstützung der „Gelbe Hand-Aktion“ wichtig. „Schließlich ist das ein Thema, womit wir als Polizisten tagtäglich auf der Straße konfrontiert werden.“

Unsere Leistungen

Gewerkschaft
der Polizei NRW

✓ Stärke ✓ Schutz ✓ Kompetenz

Stärke. Schutz. Kompetenz – unter diesem Motto wirbt die GdP um neue Mitglieder. Weil wir eine starke Gemeinschaft sind.

Damit auch Neueinsteiger bei der Polizei sofort auf einen Blick sehen, welche Leistungen im Mitgliedsbeitrag für die GdP enthalten sind, hat der Landesbezirk rechtzeitig zum Einstellungstermin am 1. September die Broschüre „Unsere Leistungen“ neu aufgelegt. Mit allen wichtigen Informationen für Neumitglieder – vom Berufsrechtsschutz durch die GdP bis zur Regressversicherung. Die Broschüre enthält zudem eine Übersicht über die zusätzlichen Versicherungsangebote von Partner-Unternehmen, die GdP-Mitglieder zu besonders günstigen Konditionen abschließen können.

Die Broschüre „Unsere Leistungen“ gibt es auch auf der GdP-Homepage zum Download: www.gdp-nrw.de



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 1. 9. Kurt Lixfeld, Mülheim
- 7. 9. Hanna Wallek, Herne
- 9. 9. Magdalena Natelberg, Hörstel
- 11. 9. Rudi Garmann, Ahaus
- 14. 9. Klara Hackenberg, Münster
- 20. 9. Günter Cremer, Kirchlengern

91. Geburtstag

- 3. 9. Hedwig Mathis, Haltern
- 8. 9. Marie Rothlübbers, Dorsten
- 11. 9. August Wilhelm, Köln
- 12. 9. Anneliese Herkenrath, Swistal-Heimerzheim Irene Symanzik, Hagen
- 14. 9. Magdalena Engler, Wietmarschen
- 29. 9. Anneliese Heuser, Wesel
- 30. 9. Luise Günther, Bonn Helga Schade, Haan

92. Geburtstag

- 1. 9. Inge Schmidt, Velbert-Langenberg
- 7. 9. Ursula Becker, Erkelenz

- 17. 9. Heinz Krella, Herten
- 20. 9. Johann Gebert, Illertissen
- 30. 9. Josefine Winter, Hürth

93. Geburtstag

- 4. 9. Heinz Bräer, Hennweiler Charlotte Vogt, Düsseldorf
- 9. 9. Katharina Brune, Duisburg
- 12. 9. Ernst Gräwinger, Wuppertal
- 13. 9. Hedwig Probst, Bottrop
- 15. 9. Hans Bauhoff, Köln Wolfgang Hofmann, Bonn
- 16. 9. Hilda Horstmann, Dinslaken
- 19. 9. Hans Reinhardt, Bielefeld
- 25. 9. Wilhelm Adorf, Frechen
- 26. 9. Anneliese Goertz, Mönchengladbach
- 28. 9. Margaretha Ruthof, Bochum
- 29. 9. Helene Halbach, Wuppertal

94. Geburtstag

- 9. 9. Elisabeth Ortmann, Duisburg
- 30. 9. Luise Haarhaus, Gelsenkirchen

95. Geburtstag

- 5. 9. Erika Mathes, Warstein
- 9. 9. Anna Schmelter, Overath
- 27. 9. Peter Koenes, Viersen

96. Geburtstag

- 9. 9. Katharina Brodesser, Bonn Marlene Eggelnpöhler, Hilden
- 11. 9. Cäcilie Lieffertz, Aachen
- 23. 9. Berta Ludwig, Erkrath

98. Geburtstag

- 13. 9. Lotte Skibba, Gelsenkirchen

99. Geburtstag

- 4. 9. Otto Kult, Unterweißbach
- 30. 9. Mechtildis Beger, Köln

103. Geburtstag

- 21. 9. Bernhard Voss, Dortmund

104. Geburtstag

- 9. 9. Else Busch, Duisburg

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (Vi. S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-183
Telefax (02 11) 71 04-174
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die Oktober-Ausgabe ist der 7. September 2012.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de

Rote Karte bei Großveranstaltungen

Zwei Jahre nach der Duisburger Loveparade hat Innenminister Ralf Jäger (SPD) einen Leitfaden für Großveranstaltungen veröffentlicht, der den Kommunen bei der Entwicklung eines Sicherheitskonzepts helfen soll. Der neue Leitfaden löst den unmittelbar nach der Loveparade-Katastrophe veröffentlichten Erlass ab, der zum Teil auf massive Kritik gestoßen war, weil er zur Absage etlicher traditioneller Großveranstaltungen geführt hatte. Betroffen waren nicht nur Schützenfeste im Sauerland und innerstädtische Trödelmärkte, sondern auch das für 2013 geplante NRW-Fest in Hückeswagen mit 400 000 erwarteten Besuchern. Der Hückeswagener Bürgermeister hatte auch nach Beratung durch Sicherheitsexperten keinen Weg gesehen, wie eine Veranstaltung in dieser Größenordnung in seiner Kleinstadt organisiert werden kann.

Damit es nicht erneut zu einer vergleichbaren Katastrophe wie bei der Loveparade kommen kann, werden in dem neuen Sicherheitsleitfaden vor al-

lem Vorgaben für das Genehmigungsverfahren gemacht. Zudem fordert der neue Erlass, dass es klare Zuständigkeiten für die Umsetzung der Sicherheitsauflagen gibt. Dazu zählt auch, dass die Kommunen eine zentrale Ansprechperson für den Veranstaltungstag benennen müssen. Zudem müssen bereits im Vorfeld der Genehmigung alle für die Sicherheit wichtigen Akteure einbezogen werden. Eine Veranstaltung kann künftig nur dann genehmigt werden, wenn zuvor alle Beteiligten – auch Polizei und Feuerwehr – grünes Licht gegeben haben. Mit dieser Voraussetzung greift der Innenminister eine Forderung der GdP auf, die bereits im vergangenen Jahr eine „rote Karte“ für die Polizei gefordert hatte, falls bei der Sicherheit etwas nicht stimmt.

Anders als nach der bisherigen Erlasslage gilt in Zukunft allerdings nicht mehr jede Veranstaltung mit mehr als 5000 Besuchern automatisch als „Großveranstaltung“. Statt der Teilnehmerzahl soll in Zukunft die konkrete Gefährdungssituation entscheidend sein.



Studienbedingungen nachhaltig verbessert

Ein Ausbildungssymposium der GdP, besetzt mit Fachleuten aus den verschiedenen Ausbildungsbereichen, hatte sich im Februar 2011 intensiv mit der Struktur und den Inhalten des 2008 eröffneten Bachelor-Studienganges für die angehenden Polizeibeamten in NRW beschäftigt. Ziel war es, Schwachpunkte des neuen Bachelor-Studiengangs zu benennen und Änderungsvorschläge zu entwickeln. Das war der Beginn eines ständigen Diskurs, der im Ergebnis zu zahlreichen Verbesserungen in der Ausbildung der angehenden Kommissaranwärterinnen und -anwärter geführt hat.

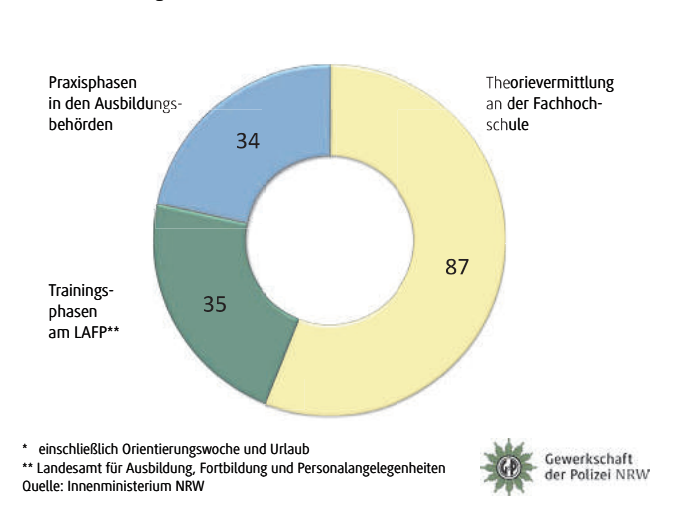
So wurde zum Beispiel der Studienverlaufsplan durch längere, zusammenhängende Praktika und Trainings gestrafft. Und die Inhalte des Studiums wurden enger an den Kernaufgaben der Polizei orientiert. Der Vorteil: Längere Studienphasen an der Fachhochschule, zusammenliegende Praxisphasen in den Behörden, der Verzicht auf die bislang üblichen sogenannten Kurzpraktika von fünf Tagen und längere Trainingsphasen im LAFP machen eine Reduzierung der Ortswechsel zwischen den Ausbildungsträgern von 17 auf 11 möglich. Zum Vorteil der Studierenden, die nicht mehr so oft umziehen müssen.

Deutlich entschlackt und entbürokratisiert wurde zudem das heftig kritisierte und überregulierte Prüfungswesen. So gibt es nach dem ersten Praktikum keine Prüfung mehr, sondern einen qualifizierten Teilnahmenachweis. Nach dem zweiten und dritten Praktikum gibt es jeweils eine Einsatz- und eine dienstliche Bewertung („bestanden“ oder „nicht bestanden“) der persönlich-sozialen und der fachlichen Kompetenz. Auch im Training gibt es künftig keine Einzelprüfung mehr, sondern die Frage, ob das Qualifikationsziel des Moduls erreicht wurde oder nicht?, wird anhand eines Bewertungsbogens ermittelt. Ein Vorteil des neuen Verfahrens: durch den Verzicht auf Einzelprüfungen können weitere zwölf Trainingstage für die Ausbildung gewonnen werden. Zudem wird mit dem neuen Prüfungsverfahren die sogenannte Äquivalenztabelle für die Laufbahnbewerberinnen und -bewerber entbehrlich.

Wie bereits in anderen Fachbereichen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV) üblich, wird es zudem auch im Studiengang Polizeivollzugswesen in Zukunft einmalig eine zweite Wiederholungsmöglichkeit für die Fachtheorie (FH) geben. Diese sogenannte Jokerlösung greift ab dem Hauptstudium 2 (2. Studienjahr). Zudem muss die Summe der bisherigen Studiennachweise (vergleichbar einem Zensurenschnitt) mindestens bei 2,5 liegen.

Theorie und Praxis im Verbund

Ausbildungsanteile im Bachelor-Studiengang
Polizeivollzugsdienst (in Wochen*)



Außerdem sollen bislang oft hinderliche bürokratische Hemmnisse – wie z. B. die Regelungen für den Waffentransport durch die Studierenden – pragmatisch gelöst werden. Gegen En-

de der Ausbildung, im letzten Praktikum, sollen dann die Studierenden zudem auch als „zweiter Mann/zweite Frau“ auf dem Streifenwagen fahren dürfen.

Alles zum Bachelor-Studium



Wer eine Berufsausbildung erfolgreich durchlaufen will, muss Hürden meistern können. Und er muss früh erkennen, was wichtig ist. Das ist bei der Ausbildung zum Polizeibeamten nicht anders als in anderen Berufen auch. Deshalb hat die GdP für alle Berufseinsteiger bei der Polizei ein umfangreiches Info-Paket bereitgestellt. Von den FAQs für Berufseinsteiger bis zur Broschüre „Erfolgreich durchs FHöV-Studium“.

Die Infos für die Berufseinsteiger bei der Polizei gibt es unter www.gdp-nrw.de auf der GdP-Homepage zum Download. Und vor Ort bei allen Kreisgruppen der GdP, deren Behörde Ausbildungsstandort ist.

Neue Zusatzbestimmungen für die Seniorenarbeit

Nach dem überraschenden Rücktritt des bisherigen Landesseniorenvorsitzenden am 27. 6. dieses Jahres (DP 8/2012) kristallisierte sich die Notwendigkeit heraus, die Richtlinien für die Seniorenarbeit zu überarbeiten. In der Vergangenheit waren diese in Bezug auf die Aufgaben und Zuständigkeiten sowie der Mitgliedschaft und den Wahlen so wenig konkret, dass hierdurch kontroverse Diskussionen entstanden.

Nach Beratung durch den Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand und den Landesseniorenvorstand wurde der Entwurf der neuen Richtlinien dem Beirat gem. Paragraph 19 Ziffer 6 der Satzung am 16. 8. 2012 zur Beschlussfassung vorgelegt. Der Beirat stimmte dem Entwurf zu.

Wesentliche Neuerung ist die Tatsache, dass zukünftig nicht nur Versorgungsempfänger, Rentner und Hinterbliebene Mitglied der Seniorengruppe werden können, sondern auch – auf eigenen Wunsch – noch im aktiven Dienst befindliche GdP-Mitglieder, die das 60. Lebensjahr vollendet haben.

In Zukunft können sich interessierte und engagierte Kolleginnen und Kollegen, die zwar noch im aktiven Dienst sind, aber dennoch den Ruhestand vor Augen haben, in die Seniorenarbeit aktiv einbringen. Der Grund: Die bisherige Regelung führte dazu, dass engagierte Mitglieder das Interesse an der Mitarbeit verloren, weil sie auf ih-

re Zuruhesetzung warten mussten. Dies gilt insbesondere für Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte, die ja im Gegensatz zu den Vollzugsbeamten in Zukunft erst mit 67 Jahren aus dem aktiven Dienst ausscheiden.

Auch war bisher keine Verfahrensweise für den Fall vorgesehen, dass ein Mitglied des Geschäftsführenden Landesseniorenvorstandes während der Wahlperiode ausschied. Dies führte unlängst dazu, dass der bis dahin stellvertretende Landesseniorenvorsitzende den Vorsitz kommissarisch übernahm. Nunmehr ist die Möglichkeit

Glücksnummern des Monats

45 17809
Marc Rose, Hagen
45 19920
Klaus Zedler, Essen/Mülheim
45 20599
Uwe Brüggemann, Ennepe-Ruhr
45 22828
Mario Hunke, Recklinghausen

Die Gewinner erhalten das Werkzeugset „Tour“.

einer Nachwahl aus den Reihen des Landesseniorenvorstandes eröffnet.



Foto: Deutscher Bundestag/
H. J. Müller

Die GdP hat einen Fürsprecher verloren

Die Gewerkschaft der Polizei trauert um Jürgen Herrmann (49).

Jürgen Herrmann, der seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestags war, hat seine berufliche Laufbahn 1979 als Polizeibeamter begonnen. Nach Stationen als Wachdienstleiter in Höxter und in Bad Driburg wechselte er 1995 nach einem Studium an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung als Dienstgruppenleiter zur Bezirksregierung Detmold. Nach der Auflösung der Polizeizezernate bei den Bezirksregierungen 2007 war Herrmann erneut mehrere Jahre in der Kreispolizeibehörde Höxter tätig, bevor er für die CDU in den Bundestag einzog. Auch nach seinem Wechsel in die Politik blieb Herrmann der GdP verbunden, der er mehr als 30 Jahre angehörte.

Jürgen Herrmann starb am 11. August an den Folgen eines Herzinfarkts.

NACHRUF

Manfred Alt	1. 5. 1937	Aachen	Katharina Krebs	30. 4. 1920	Siegen
Hans-Günter Bartnikowski	26. 11. 1924	Bergisches Land	Hedwig Kregel	3. 11. 1927	Solingen
Alfred Bendler	19. 7. 1924	Köln	Robert Leers	31. 1. 1926	Essen/Mülheim
Ernst Bodeit	8. 11. 1924	Autobahnpolizei/ Verkehr Köln	Wilma Linden	27. 4. 1924	Autobahnpolizei Düsseldorf
Franz Bosbach	23. 1. 1922	Bochum	Karl Heinz Lück	23. 11. 1923	Recklinghausen
Hildegard Brunck	7. 1. 1925	Oberhausen	Adele Meskes	7. 9. 1932	Mönchengladbach
Johann Buschfeld	22. 5. 1923	Mönchengladbach	Margarete Neldner	1. 12. 1924	Köln
Helmut Buschhorn	7. 9. 1931	Oberhausen	Wilhelm Reuter	18. 7. 1926	Köln
Hans Czempik	23. 7. 1924	Münster	Hans Willi Schäfer	20. 1. 1955	Bochum
Heinrich Diart	20. 4. 1954	Heinsberg	Klemens Schrilz	18. 11. 1924	Selm
Siegfried Gottwald	18. 2. 1950	Bonn	Christina Schubert	18. 8. 1924	Essen/Mülheim
Jürgen Graupner	8. 9. 1952	Unna	Werner Schulte	15. 4. 1926	Märkischer Kreis
Gertrud Gurtz	23. 6. 1921	Oberhausen	Bernhard Schulz	12. 7. 1914	Krefeld
Dorothea Maria Heinzmann	19. 7. 1924	Viersen	Siegfried Simonsohn	21. 12. 1914	BZ Carl Severing
Lothar Holtmann	25. 10. 1948	Bergisches Land	Heinz Friedrich Steinbrink	16. 7. 1927	Bergisches Land
Friedhelm Kämper	22. 9. 1961	Bielefeld	Hans Steinert	19. 4. 1923	Gelsenkirchen
Michael Klösters	4. 7. 1950	LKA	Edeltraut Walter	9. 4. 1920	Borken
			Achim Wenner	20. 5. 1958	Gütersloh

